

Nicola Leibinger-Kammüller warnt vor einer Entfremdung von Politik und Wirtschaft.

Kühne Gesten



Noch immer mag manchem beim Gedanken an die Inaugurationsrede Donald Trumps der Schreck in den Gliedern sitzen. Wer gehofft hatte, dass der Rhetorik des Wahlkampfes eine Sprache der Besonnenheit folgen würde, wurde eines Besseren belehrt. Dass auch die deutsche Wirtschaft und ihre Exportüberschüsse bei den verbalen Angriffen nicht außen vor bleiben, war vielleicht nur eine Frage der Zeit. Geht es dem Präsidenten mit „America first“ doch nicht allein um das Heraufbeschwören einer Welt vor der Globalisierung. Er steht für einen neuen Stil von Politik, der sich nicht in ermüdenden Regelwerken erschöpft, sondern von kühnen Gesten und deren Durchsetzung im Alleingang lebt. In gewisser Weise ist dieses Unbehagen an Prozessorientierung, Arbeitsteilung und Internationalisierung eine Metapher für die globale Wirtschaft. Wer die Bilder der Gespräche mit US-Unternehmensführern vor Augen hat, sieht schnell, dass es in den nächsten Monaten um Ansagen gehen könnte - nicht um Dialog.

Ich bin in den USA geboren, und mich prägt von Kindesbeinen an eine tiefe Verbindung zu Amerika. Frieden, Wohlstand, die Coolness amerikanischer Produkte sind für mich nichts Abstraktes, sondern gelebte Geschichte. Mein Bild einer freien Welt. Für unser Unternehmen sind die USA der zweitwichtigste Markt nach Deutschland. Trumpf steht nur beispielhaft für viele Mittelständler: Drei Viertel der Maschinen und Anlagen aus Deutschland gehen in den Export. Mit rund 55 Prozent ist Europa der wichtigste Markt - gefolgt nicht von China, sondern von den

USA. Allein deshalb müssen wir ein vitales Interesse daran haben, dass die Vereinigten Staaten auf den freien Handel setzen. Aber genauso, dass Europa erkennt, dass es den offenen Warenverkehr wie die Luft zum Atmen braucht.

Stattdessen zeigt sich, dass mit Furcht vor der Globalisierung auch bei uns Meinung zu machen ist. Man kann sich fragen, ob unser Wertekompass intakt ist, wenn ein Freihandelsabkommen Hunderttausende Menschen in Deutschland auf die Straßen treibt, während die Bombardierung von Aleppo keine Massenproteste auslöst. Dies war der harte, aber treffende Vergleich, den Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Grundsatzrede auf dem CDU-Parteitag in Essen wählte.

Dabei sind es nicht allein große Firmen, die vom Freihandel profitieren. Es sind Familienunternehmen mit hoher Loyalität zum Standort, die jährlich Millionenbeträge an die US-Finanzbehörden zahlen. Und zwar wie im Falle von Trumpf für Zulieferungen an die dortigen Tochtergesellschaften, die im Wesentlichen aus der eigenen Unternehmensgruppe stammen.

Etwas anderes alarmiert mich dieser Tage nicht weniger als die Sorge um Absatzmärkte. Es ist die Zuspitzung, zum Teil Vulgarisierung der Sprache, wenn es um Wirtschafts- und Handelsinteressen geht. Mit der US-Staatsbürgerin Hannah Arendt wäre auch in den Vereinigten Staaten daran zu erinnern, dass wir Menschen überhaupt nur darum zur Politik begabte Wesen sind, weil wir mit Sprache begabte Wesen sind.

Keine Frage: Die Unterschiede sind groß zwischen den USA und Deutschland. Wenn eine respektvolle Sprache aber elementar dafür ist, wie

„**Donald Trump steht für einen neuen Stil von Politik, der sich nicht in Regelwerken erschöpft, sondern von kühnen Gesten und deren Durchsetzung im Alleingang lebt.**“

es um den Ruf von Wirtschaft bestellt ist, dann gibt es auch bei uns etwas zu tun. Man spricht in Deutschland gern von der niedrigen Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Vergleich und vielem mehr. Die Entfremdung, die gerade kleinere Firmen anhand der Gesetzespraxis spüren, ist jedoch die andere, die konkret erlebte Realität.

Es ist dabei nicht allein der Umstand, dass die Wirtschaft mit immer neuen bürokratischen Hindernissen belastet wird. Es verfestigt sich auch der Eindruck, dass die Logik der Politik von jener der Unternehmen zunehmend abweicht. Neben der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik denke ich hier an den feinen Unterton, wenn öffentlich von „der Wirtschaft“ und „der Bevölkerung“ die Rede ist. Es klingt wie „us and them“. Als gehörte beides nicht untrennbar zusammen.

Was aufzuarbeiten ist, muss schonungslos aufgearbeitet werden. Aber wenn Dieselgate oder das Gebaren im Finanzsektor die vorrangigen Themen sind, über die wir monatelang im Zusammenhang mit Wirtschaft sprechen, ist ein Misstrauen in der Bevölkerung nachvollziehbar.

Gerade im vor uns liegenden Jahr mit seinen Wahlen wäre ein leidenschaftliches Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft und zu den vielen Unternehmen dieses Landes darum so nötig wie lange nicht mehr. Deutschland braucht dieses Bekenntnis nicht nur zum Erhalt seines Wohlstands. Sondern, dies lehrt das Beispiel USA, um des gesellschaftlichen Zusammenhalts willen.

**Die Autorin ist Vorsitzende der Geschäftsführung der Trumpf GmbH + Co. KG.
gastautor@handelsblatt.com**